

Welt Trends

Europa und das US-Präsidentschaftsrennen zwischen Obama und Romney

Roland Benedikter

*Eine Kurzfassung des Beitrages erscheint
in Heft 6/2012 der Zeitschrift WeltTrends*

Europa und das US-Präsidentschaftsrennen zwischen Obama und Romney

Über einige Aspekte der „Post-Empire“-Depression des Westens

Roland Benedikter

Der nun in seine Endphase tretende US-Präsidentschaftswahlkampf 2012 zwischen Präsident Barack Obama und seinem Herausforderer Willard „Mitt“ Romney, der am 6. November entschieden wird, offenbart zentrale Aspekte der gegenwärtigen „Post-Empire“-Depression des demokratischen Westens. Unabhängig von vorwiegend medial bedeutsamen Seitengefechten wie den Nominierungen der Vizekandidaten oder Wahlkampfgeräuschen wie Obamas – nach jahrelanger Untätigkeit – plötzlichen, nur allzu offensichtlich innenpolitisch gemeinten Drohungen gegen Syrien und Iran seit August 2012, ist die Endphase des Wahlkampfs durch *drei* tiefergehende und langfristig bedeutsame Paradoxien gekennzeichnet, die den Kern der atlantischen Beziehungen, aber auch die Zukunft der demokratischen Gesellschaften insgesamt betreffen. Diese drei Paradoxien zeigen, dass die atlantische Partnerschaft in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen ist – mit negativem Ausblick. Wie auch immer die Entscheidung der amerikanischen Wähler im November ausgeht: Europa wird zu den Verlierern der US-Präsidentschaftswahl 2012 gehören. Und daran ist wenig zu ändern, wenn man *erstens* den zeithistorischen Hintergrund und *zweitens* die – darin eingebetteten – Überzeugungen der beiden Kandidaten kennt.

Der zeithistorische Hintergrund:
 „Post-Empire“-Depression des Westens

Während Obama Ende September in allen drei voraussichtlich bei der Wahl richtungsweisenden Staaten Ohio, Virginia und Florida voran war und Romneys schwere wahlkampfaktische Fehler – wie seine beispiellos peinliche politische Weltreise und die Abwertung der Hälfte aller Amerikaner zu Wohlstandsparasiten mit „Opfer-Selbstbild“ in einer Rede vor Superreichen – ihn bereits im Sinn zweier „game changer“ die Wahl gekostet haben könnten, nahm zugleich die vergleichsweise unabhängige

Egan-Jones Agentur am 15. September nicht zuletzt wegen der inneren politischen Lähmung und ideologischen Polarisierung der USA eine weitere Abwertung des US-Ratings von AA auf AA- vor. Amerikas Gefühl des Niedergangs, das es seit dem 11. September 2001 allgegenwärtig bedrückt, wurde dadurch bestärkt. Dass ein so offensichtlich zur Leitung der Supermacht unfähiger Kandidat wie Mitt Romney es überhaupt bis in den Endkampf der Präsidentschaftswahl schaffen konnte, halten ohnehin mehr als 70% der Bevölkerung, einschliesslich Teile der Republikaner, für das deutlichste Zeichen des Niedergangs der USA.

In dieser Situation ist das wichtigste globalpolitische Motiv der Gegenwart – entgegen der Meinung vieler Kommentatoren – nicht der Aufstieg Chinas, der meist übertrieben dargestellt wird und Chinas rasch wachsende innere Brüche und Problemniveaus nicht berücksichtigt. Es ist auch nicht der Abstieg Europas, der zwar global nach sechs Jahren Dauerkrise international zu einem wohlfeilen Topos geworden ist, aber ebenfalls übertrieben ist, weil er Europas nach wie vor bestehende soziale und Strukturstärken nicht berücksichtigt, die es bei multidimensionaler und ausgewogener Erhebung insgesamt besser und stabiler dastehen lassen als die meisten anderen Weltregionen. Das wichtigste globalpolitische Motiv der Gegenwart ist stattdessen die „Post-Empire“-Depression des Westens. Was ist damit gemeint?

Die „Post-Empire“-Depression ist eine selbsterfüllende Prophezeiung: nämlich des wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, technologischen und nicht zuletzt demographischen Niedergangs des „Westens“ im globalen Vergleich. Also des – zusammengenommen – wenn nicht absoluten, so doch relativen Abstiegs der einzigen Weltgegend, die auf der Grundlage eines individualistischen, aufklärerischen und rationalen Menschenbildes und aus einer anthropomorph strukturierten metaphysischen und religiösen Ideengeschichte in griechisch-römischem Geist Demokratie entwickelt – und über mehr als zweieinhalb Jahrhunderte zum Wohl größerer Teile der Menschheit militant gegen ihre Feinde verteidigt hat. „Post-Empire“-Depression heisst daher nicht nur simple Macht-Depression eines Westens, der seine globale Vorherrschaft, die mehr als 300 Jahre dauerte, nun zugunsten einer multipolareren Welt schwinden sieht, sondern vor allem – und langfristiger bedeutsamer – Depression des globalen Systems von Demokratie und offener Gesellschaft.

Ironischerweise kommt diese selbsterfüllende Prophezeiung des Abstiegs nicht von ausserhalb, sondern aus dem Westen selbst – ja bislang praktisch nur aus diesem. Alle anderen Weltgegenden (mit wenigen Ausnahmen wie etwa Iran oder Nordkorea) hören sie schon aus Eigeninteresse, nämlich wegen ihrer Verwebung mit dem Westen, mit gemischten Gefühlen, ja mit Ablehnung.¹ Aber der Westen besteht in seiner politischen, ökonomischen und intellektuellen Selbstreflexion der Gegenwart hartnäckig auf seinem eigenen Niedergang. Erinnern wir uns zum Beispiel an das berühmte Zitat des damaligen französischen Premierministers Francois Fillon vom November 2010, die jahrelangen Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen des Westens seit 2008 vollzögen den definitiven Übergang des globalen Machtzentrums vom Westen in den aufsteigenden Osten.² Dieser Übergang habe sich – jedenfalls laut „praktizierenden Theoretikern“ wie Fareed Zakaria oder Martin Jacques – schon länger aus rein demographischen und ökonomischen Gründen angebahnt.³ Zusammengekommen zeigten, so die meisten Analytiker, tagesaktuelle statistische Zahlen ebenso wie langfristige Makrotrends, dass der Aufstieg des Ostens unausweichlich, der Niedergang des Westens daher unvermeidlich sei.⁴

Obwohl (sowohl qualitativ wie quantitativ) berechnete Zweifel an diesen Thesen möglich sind, wähnt sich die demokratische Wertegemeinschaft inmitten dieser – vorerst vorwiegend theoretischen – Inklinaton in Richtung eines scheinbar unaufhaltsamen Aufstiegs nicht-demokratischer Mächte Asiens wie China, von Halbdemokratien wie Indien sowie von Schwellenländern wie denen des globalen Südens (einschliesslich Brasilien und Südafrika, also der sogenannten „BASIC“-Länder) auf

- 1 R. Benedikter und J.-S. Lee: Schuldenkrise: China fürchtet die Selbstaufgabe des Westens. Politischer Essay. In: *Die Welt*, Berlin, 23.01.2012, S. 1-6, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13829594/China-fuerchtet-die-Selbstaufgabe-des-Westens.html>; sowie dies.: Does China Want to Buy Up Europe? Europe's Crisis and China's Reluctant Rise. Lead Story. In: *The European Business Review* London. March/April 2012 edition, London 2012, pp. 30-31, <http://www.europeanbusinessreview.com/?p=5858>.
- 2 F. Fillon: „Die Jahre 2008 bis 2012 werden das Ende der westlichen Vorherrschaft und das Driften der Weltwirtschaft Richtung Asien markieren.“ Zitiert nach: Dpa: Schuldenkrise: Frankreich plant neues Sparpaket, 06.01.2011.
- 3 F. Zakaria: *The Post-American World*, W.W. Norton & Company, New York 2009; M. Jacques: *When China Rules the World. The Rise of the Middle Kingdom and the End of the Western World*. London: Allen Lane Publishers 2009.
- 4 K. Mahhubani: *The New Asian Hemisphere. The Irresistible Shift of Global Power to the East*. Public Affairs, New York 2008. Vgl. bereits 2007 R. Little: *The Rise of the East and the Decline of the West*. In: *Culture Mandala: The Bulletin of the Centre for East-West Cultural and Economic Studies*: Vol. 7, Issue 2, Article 6.

einem Niedergang, dem sie aus ihrer eigenen Sicht heraus wenig entgegenzusetzen hat – und auf den sie also nur mit Ohnmacht und „Eindämmungsmassnahmen“ reagieren kann, welche in bester Hegelscher Manier wie die Eule der Minerva „immer schon zu spät“ zu kommen scheinen. Ob der Westen auf die neue globale Situation nun mit einem „gemässigten“ oder einem „offensiven Realismus“⁵ reagiert – er scheint aus der Sicht seiner eigenen Vertreter ein Sisyphos-Unternehmen geworden zu sein, und zwar ohne Aussicht auf substantielle Besserung.

Zwei Seitenfaktoren:

Ende der „drei Welten“, Zwielight der globalen Demokratie

Dazu kommen *zwei* größere Zeitfaktoren, die diese Tendenz noch zu verstärken scheinen – und damit der „Post-Empire“-Depression des Westens weiter Nahrung geben:

Erstens die schleichende Aufhebung der Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt im Rahmen einer der Globalisierung geschuldeten technologischen und ökonomischen Angleichung, die die Unterscheidung verschiedener „Welten“ in der einen globalisierten Welt nun auch terminologisch sinnlos zu machen beginnt.⁶

Zweitens das unübersehbar beginnende „Zwielight“ der Entscheidung über künftig wünschenswerte Gesellschaftsformen, das derzeit in den seit den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts am Westen orientierten, nun aber notgedrungen immer stärker in den Bannkreis Chinas geratenden – zumindest der Form nach demokratischen – Nationen wie Korea, den Philippinen, Pakistan und sogar Indien herrscht. Dass China unter seinen Nachbarn nicht Demokratie, sondern Autokratie pausenlos als wünschenswertes, „eigenständig asiatisches“ und für Asien angeblich einzig kulturell kompatibles Modell propagiert, erzeugt Effekte bei den Bevölkerungen, denen die Krise des Westens, und damit Krise der Leitdemokratien nicht entgangen ist. Dass wegen der scheinbar nicht enden wollenden Krise Europas und der USA die Eliten

5 G. H. Snyder: Offensive Realism and the Struggle for Security. In: International Security, Vol. 27, No. 1 (Summer 2002), pp. 149–173.

6 J. Lobe: Weltbankdirektor Zoellick sieht das „Ende der Dritten Welt“. In: InfoSüd, 15.04.2012, <http://www.infosued.ch/cms2/index.php/aktuell/51-handel-globalisierung/136-weltbankdirektor-zoellick-sieht-das-gende-der-dritten-weltq>. Vgl. bereits U. Menzel: Das Ende der dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt am Main 1992.

von gesellschaftspolitisch noch West-orientierten, geostrategisch aber bereits notgedrungen in das Gravitationszentrum Chinas geratenden Ländern wie Korea oder Taiwan in ihren Inklinationen zwischen Demokratie und Autokratie zunehmend „neutralisiert“ werden, ist dabei das eine.⁷

Dass dies zeitgleich einhergeht *erstens* mit der inzwischen in der aussereuropäischen Business-Welt geradezu sprichwörtlichen „Rückkehr der Armut nach Europa“⁸; *zweitens* mit einer tiefgreifenden, in dieser Weise noch nie dagewesenen ideologischen Polarisierung der US-Gesellschaft, die – mit den prominenten Rollen von radikalpopulistischen Bewegungen wie der „Tea Party“ auf rechter und der „Occupy Wall Street“ und „99%“ Bewegungen auf linker Seite – im Kern nicht- oder gar „post“-demokratische Rhetoriken und Verfahrensweisen praktiziert⁹, ist das andere.

Diese Seitenfaktoren erzeugen zusammengenommen zusätzliche Dynamiken. Sie scheinen vor allem westlichen Beobachtern weitere Beweise dafür zu sein, dass der Westen im Niedergang ist. Alle Elemente zusammen scheinen Teil einer scheinbar auf verschiedensten Ebenen zusammenwirkenden, gleichsam universalen Verfahrenheit, die sich des demokratischen, liberalkapitalistischen und individualistischen Westens bemächtigt zu haben scheint.

Zwar trifft das meiste davon in der beschriebenen Verkürzung, welche die öffentliche Debatte innerhalb des Westens derzeit bestimmt, objektiv gar nicht zu – vor allem nicht bezogen auf die neue Leitmacht China. Empirisch besehen hat China heute, nach Jahrzehnten beispiellosen Wirtschaftswachstums, gerade ein Zehntel des Pro-Kopf-Einkommens zum Beispiel Italiens erreicht (2011: Italien 37.000 Dollar, China 3700 Dollar). Eine gleichbleibende Entwicklung ist unwahrscheinlich, weil sich das chinesische Problemniveau mit dem Ende der Niedriglohnphase, Inflation, wachsender sozialer Ungleichheit, einer rasch wachsenden Mittelklasse und fehlender internationaler

7 M. Leonard: The end of the affair? In: European Council in Foreign Relations ECFR, London-Paris-Bru-xelles-Berlin, www.ecfr.eu, 28.07.2012, S. 1-3.

8 Handelsblatt Düsseldorf: Euro-Krise: Unilever wirbt um die Armen. Rückkehr der Armut nach Europa. In: Handelsblatt Düsseldorf, 27.08.2012, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/euro-krise-unilever-wirbt-um-die-armen/7058158.html>.

9 F. Fukuyama: American Political Dysfunction. In: The American Interest, Vol. VII, No. 2, November/December 2011, <http://www.the-american-interest.com/article.cfm?piece=1114>.

Innovationsfähigkeit radikal verändert. Doch selbst wenn China weiterhin ähnlich und konstant wachsen würde, würde es in 10 Jahren erst ein Drittel des Pro-Kopf-Einkommens des Westens erreichen. Zwar sinkt dessen Wohlstand leicht, aber auf sehr hohem Niveau (Projektion 2020: Italien 30.000 Dollar, China 10.000 Dollar).¹⁰ Dazu kommt: Solange China keine Demokratie ist, wird es den Produktivitäts- und Innovationsrückstand zu den Demokratien des Westens niemals wettmachen können. In den USA zum Beispiel leben heute 315 Millionen Menschen, die allesamt frei und kreativ sein können; während in China von den 1,35 Milliarden Menschen nur 40-50 Millionen kreativ sein dürfen, während die anderen vom System ruhig gestellt werden.

Das bedeutet: Der Westen durchleidet eine Krise auf einem derart hohen Niveau, dass es der „aufsteigende“ Osten (ausgenommen Sonderzonen wie Singapur, Hongkong oder Schanghai) auch in den kommenden Jahrzehnten schwerlich erreichen wird.¹¹ Ausserdem bedeutet der Aufstieg des Ostens nicht notwendigerweise den Niedergang des Westens. Man kann im Gegenteil die begründete These vertreten, dass durch die Angleichung der Wohlstandsniveaus neue Chancen für den Westen sowie eine gemeinsame, exponentielle Steigerung des globalen Gesamtwohlstands möglich werden.¹² In dieser Perspektive ist ein Abstieg des Westens gar nicht im Interesse des Ostens.¹³

Trotzdem ist die sozialpsychologische und ideelle Wirkung der ständigen Rede vom Niedergang des Westens schwerwiegend – vor allem in ihm selbst. Zeitgleich und in dialektischer Einheit, also zusammengenommen, bilden der „Aufstieg des Ostens“ und der „Abstieg des Westens“ ein mächtiges sozialpsychologisches und ideengeschichtliches Motiv der Gegenwart, das voraussichtlich noch einige Jahre Politiken, Finanzsysteme und globale Gleichgewichte nachhaltig beeindruckt und beeinflusst. Ob nun zu Recht oder zu Unrecht – die Beeindruckung an sich ist ein realitätsschaffendes *factum sui generis*.

10 D. De Masi: Reiche Länder werden ärmer. Soziologe Domenico De Masi beschreibt Trends für 2020. In: Dolomiten, 22.-23.09.2012, S. 3.

11 M. Leonard: Why Europe Will Run the 21st Century. Public Affairs Publishers, London 2010.

12 N. Razak: The rise of the East does not mean the fall of the West. In: The Banker, March 1, 2012, <http://www.thebanker.com/Comment/Viewpoint/The-rise-of-the-East-does-not-mean-the-fall-of-the-West?ct=true>.

13 P. Mishra and S. Chakraborty: „Decline of the West and rise of the East a pyrrhic victory for us“. In: Daily News & Analysis, August 26, 2012, http://www.dnaindia.com/lifestyle/interview_decline-of-the-west-and-rise-of-the-east-a-pyrrhic-victory-for-us_1732784.

Ambivalenz amerikanischer Zukunfts-Visionen

In dieser Lage sind nun Visionen für eine positive Zukunft des Westens inmitten einer multipolaren Welt in der – inzwischen vielfach innerlich und äusserlich gebrochenen – westlichen Hemisphäre selbst zunehmend von Tiefenambivalenz gekennzeichnet.

Sie sind *einerseits* zu tagespolitischem Populismus oder zu welthistorischen Regressionsphantasien verführt. So, für den aktuellen US-Präsidentschaftswahlkampf gesprochen, beim republikanischen Kandidaten Willard „Mitt“ Romney, der als Antwort auf die „Post-Empire“-Depression den Spieß einfach umzudrehen versucht – und „mutig“ ein „neues amerikanischen Jahrhundert“ rückwärtsgewandten, alten monolateralen US-Musters um jeden Preis propagiert, seiner Meinung nach wenn nötig auch um den Preis neuer globaler Kriege. Europa habe sich dem unterzuordnen und die Führungsrolle der USA sowohl „intern“ wie global anzuerkennen und zu unterstützen.¹⁴

Die Visionen in den USA sind *andererseits* – nicht zuletzt in bewußt wahlstrategischem Kontrast dazu – mit der Behauptung eines nicht tagespolitischen Populismus „mittelfristig bis langfristig angelegt“. Sie tendieren weg vom Atlantik und hinein in den Pazifik, wie bei Barack Obama und seiner offiziellen US-Vormachtstrategie für das 21. Jahrhundert: „Asia First“, die er bei Amtsantritt im Januar 2009 als neue Globaldoktrin der USA vorstellte und im Januar 2012 als „Chefsache“ mit Top-Priorität im Pentagon bestätigte.¹⁵ Europa wird im Rahmen dieser Strategie im Augenmerk der USA als die – auf das Jahrhundert besehen – „absteigende Region“ abgewertet und Asien als die „aufsteigende Region“ aufgewertet. Obamas Administration hat nicht die Vision eines „neuen amerikanischen Jahrhunderts“ nach dem Muster der „einzigen Supermacht“ der vergangenen Jahrzehnte wie Romney, sondern vielmehr umgekehrt eines „pazifischen Jahrhunderts Amerikas“, wie dies sowohl Obama selbst wie auch seine Aussenministerin

14 M. Romney: An American Century. A Strategy to Secure America's Enduring Interests and Ideals. In: Official Homepage of the Republican Presidential Election Campaign 2012: Mitt Romney for President, <http://www.mittromney.com/collection/foreign-policy>, September 2, 2012. Cf. P. Rucker: Mitt Romney calls for new 'American century' with muscular foreign policy. In: The Washington Post, October 7, 2012.

15 B. Obama: Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, January 2012: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/2012-dsg.pdf>.

(Secretary of state) Hillary Clinton immer wieder programmatisch darlegen.¹⁶ Zum ersten Mal in der Geschichte werde, so Clinton, das Geschick der USA nicht mehr im Atlantik, sondern im Pazifik entschieden – und Amerika müsse aus dieser Einsicht die Konsequenzen ziehen und sich pragmatisch darauf einstellen, also von Europa ab- und Asien zuwenden.¹⁷ Dass die US-Wahl 2012 zeitgleich mit dem tiefreichenden chinesischen Generationen-Machttransfer vom November-Dezember 2012 stattfindet, dass also zeitgleich in beiden „G-2“-Mächten des Pazifik ein Machtübergang mit unsicherem Ausgang erfolgt, gibt der „Asia First“-Strategie des Weissen Hauses zusätzliche Brisanz – und entfernt den Wahlkampf der regierenden Demokraten noch weiter von Europa.

Beide Varianten für eine neue „grand strategy“ der USA: die „Amerikanisches Jahrhundert“ Strategie Romneys wie die „Asia First“ Strategie Obamas zeigen also bei allen Differenzen eine entscheidende Gemeinsamkeit. Beide neigen zu einer Abwertung Europas und darüber hinaus – wichtiger – zu einer Spaltung des Westens zwischen dem alten und dem neuen Kontinent. Die Vision Romneys durch die Überbetonung amerikanischer Führungskraft und den – bewusst „restaurativ“¹⁸ genannten – Traum neuer Militarisierung, wodurch Stärke nach dem Muster der 1990er Jahre erreicht werden soll, was zugleich eine „Vereingentlichung“ nach innen, nämlich eine „Renaissance amerikanischer Werte“ antreiben soll.¹⁹ Die Vision Obamas durch die erstmals programmatische und systematische Verlagerung des Schwerpunkts der USA vom Atlantik in den Pazifik, die einhergeht mit einem konsequenten, schier endlosen „Europe-

16 B. Obama: „Der Verteidigungshaushalt wird immer noch größer sein, als er es gegen Ende der Regierung Bush war.“ US-Präsident Barack Obama stellt die neue Verteidigungsdoktrin der USA vor – Rede im Pentagon im Wortlaut (deutsch). In: AG Friedensforschung, 05. Januar 2012, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/2012-dsg.html>. Vgl. E. Pilkington: Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts. In: The Guardian, 5 January 2012, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military>, sowie M. Klare: Asiens Aufstieg hat die geostrategische Landkarte verändert. Eine Politikanalyse. In: AG Friedensforschung, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/pazifik5.html>.

17 H. Clinton: America's Pacific Century. The future of politics will be decided in Asia, not Afghanistan or Iraq, and the United States will be right at the center of the action. In: Foreign Policy, November 2011, http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century?page=full.

18 S. Palin: Sarah Palin Wants To Help Restore America. In: The Palin Express: Politics, Media and Faith. Edited by Sarah Palin. May 27, 2011, <http://thepalinexpress.wordpress.com/2011/05/27/sarah-palin-wants-to-help-restore-america/>.

19 M. Romney, a.a.O.

bashing“ zum Zweck der „Verselbstung“ mittels Distanzierung, also einem Aufbauen Europas zum Sündenbock der „Post-Empire“-Depression bei allen nur möglichen Gelegenheiten und Erklärungen – was die Obama-Administration mit einer Hingabe und in einer Häufigkeit und Breite betreibt, die in der neueren US-Geschichte einmalig ist. Beide, Romney und Obama, bauen dabei gleichermaßen stark auf historische Negativklischees Europas; und beide benutzen das Motiv der Abgrenzung gegen Europa im Wahlkampf aktiv als Mittel zur Verdeutlichung ihrer Visionen für Amerika.²⁰

Europas neuer Nicht-Amerikanismus: Schleichender und passiver, aber weitreichender?

Auf der anderen Seite des Teichs ist es kaum anders. In Europa sind die sozial- und politikpsychologischen Mechanismen im Gefolge der „Post-Empire“-Depression ähnlich: sie tendieren zur Spaltung der beiden Hauptsäulen des demokratischen Westens. Die Visionen zur Zukunft sind hier ebenso ambivalent – neigen sie doch allesamt zu einer neuen Abgrenzung Europas von den USA zum Zweck der „eigenständigen“ Krisenerholung und „Verselbstung“ in Richtung europäische Einheit. Das inzwischen faktisch in sich zweifach zerfallende Europa:

1. zwischen Nicht-Euro-Ländern und Euro-Ländern einerseits, und
2. zwischen Gewinner- und Verliererstaaten der Eurozone andererseits (Nordstaaten versus Südstaaten)

hat zwar sehr unterschiedliche Perspektiven auf seine weitere Entwicklung nach dem Ende der mittlerweile mehr als sechsjährigen Schulden- und Finanzkrisen. Darunter sind *erstens* ein „Mehrgeschwindigkeiten-Europa“, ebenso wie *zweitens* ein (reiches) Kerneuropa versus ein (peripheres, wirtschaftlich strukturschwächeres) Gesamteuropa; oder auch *drittens* eine Re-Nationalisierung der europäischen Großländer nach dem möglichen Ende des bisherigen Euro-Traums.

Doch all diese noch so unterschiedlichen Visionen teilen ein auffälliges gemeinsames Grundmotiv: die Tendenz zu einem

20 R. Benedikter: Eurozilla? Europe's Spectre in the U.S. Presidential Election Campaign. In: European Foreign Affairs Review. Published by the Center for Research in Public Law, University of Montreal. Kluwer Publishing Law Division, New York, Dordrecht and London, Volume 17/2012, Issue 3 (July-August), pp. 351-365. Official link: <http://www.kluwerlawonline.com/toc.php?area=Journals&mode=bypub&level=5&values=Journals~~European+Foreign+Affairs+Review~Volume+17+%282012%29>.

„Nach-Amerikanischen Europa“.²¹ Es handelt sich dabei um eine prinzipielle neue Indifferenz Europas gegenüber den USA bis zu dem Punkt, dass Amerika in den meisten Strategiepapieren sowohl in Brüssel wie der einzelnen europäischen Hauptstädte, allen voran Berlin und Paris, nur noch als ein Faktor und Alliiertes unter vielen aufscheint. Dass sich Berlin weigert, in Libyen zu intervenieren, Washingtons Ratschläge zur Schuldenkrisenbekämpfung anzunehmen oder seine neuen „Spezialbeziehungen“ zu Peking²² mit den USA abzustimmen, Paris seine Soldaten vor dem vereinbarten Termin aus dem gemeinsamen Afghanistan-Einsatz zurückzieht und zugleich die bisherige NATO-Kommandostruktur massiv in Frage stellt, während eine offene Konfrontation zwischen den USA und der zentral-europäischen Achse zu Modalitäten und Zeitpunkt des Iran-Konflikts ausgebrochen ist, der im Spätsommer 2012 in offene diplomatische Konflikte mündete, sind da nur Einzelsymptome einer weit umfassenderen Bewegung. Das völlige Abdriften Großbritanniens, traditionell nicht Teil Europas, sondern der „großen Familie der angelsächsischen Völker“ (Margareth Thatcher), von Kontinentaleuropa gibt die Richtung vor, in die sich auch das Verhältnis zwischen den USA und Europa derzeit entwickelt.

Europa ist bei alledem zwar nicht durch einen aktiven Anti-, wohl aber durch einen passiven Nicht- Amerikanismus gekennzeichnet. Dieser kommt weniger deutlich, militant und propagandistisch daher als der politische Gestus der Hoch-Zeiten des Anti-Amerikanismus in den 1970er und 1980er Jahren. Dafür wirkt er aber möglicherweise – gerade wegen seiner schleichenden, passiven und angeblich „rein pragmatischen“ Form – tiefergehend als jener.

Die „Abstiegs“-These des demokratischen Westens:
Objektiv umstritten, aber psychologisch tiefgehend

Insgesamt sind sowohl in den USA wie im Europa in Zeiten des US-Wahlkampfes 2012 „aufbauende“, positive Visionen und balanciert tragfähige Entwürfe für eine *gemeinsame* Zukunft des

21 J. Shapiro and N. Witney: Towards A Post-American Europe. A Power Audit of EU-US Relations. European Council on Foreign Relations Report, London, November 2009.

22 H. Kundnani and J. Parello-Plesner: China and Germany: Why the emerging special relationship matters for Europe. In: European Council on Foreign Relations (ECFR), ECFR Policy Briefs 55, May 2012, http://ecfr.eu/content/entry/China_and_Germany_a_new_special_relationship.

demokratischen Westens *als Ganzen* Mangelware. Genauer: Es mangelt an Visionen, die sowohl das demokratische Anliegen auf beiden Seiten des Atlantik (und möglicherweise darüber hinaus) integrieren, die Agenden zusammenführen, die atlantischen Nationen gemeinsam führen wie auch zögernde globale Schwellenländer am Scheideweg ihrer gesellschaftspolitischen Entwicklung neu für Demokratisierung begeistern könnten. Die meisten Visionen des Westens der Gegenwart für seine eigene Zukunft sind insofern tiefenambivalent, als sie nicht mehr die Gemeinsamkeit, sondern die Eigenständigkeit, ja substantielle Losgelöstheit Amerikas und Europas voneinander ins Zentrum stellen – sei es nun aktiv oder indirekt, bewußt oder beiläufig.

Zwar sprechen die meisten quantitativen Indikatoren aus objektiver Sicht wie gesagt nach wie vor – und auch noch für die kommenden Jahrzehnte – deutlich gegen jede *absolute* „Abstiegsthese“ des Westens. Denn die westlichen demokratischen Gesellschaften sind aufgrund ihres Individualismus weiterhin unangefochten die produktivsten der Welt. Sie verfügen über die wichtigsten Wirtschaftsräume – wenn auch vermutlich nicht mehr lange bezogen auf Kapitalreserven, so doch in Bezug auf Produktivkraft, Innovation und realwirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Und sie haben nach wie vor die technologische Führungsrolle, da in ihnen im Prinzip alle Menschen frei und ohne Vorgaben kreativ sein dürfen – was bedeutet, dass nicht-demokratische Gesellschaften sie in Punkto Pro-Kopf-Innovation, -Produktivität und -Kreativität niemals einholen werden, solange sie sich nicht partizipatorisch neu strukturieren, was letztlich nach bisherigen Erfahrungswerten stets auf – liberale oder illiberale – Demokratisierung hinausläuft.²³

Trotzdem ist mit dem Aufstieg nicht-westlicher Mächte und der Entstehung einer multipolareren Weltordnung sowie einer Pluralität von miteinander zunehmend im internationalen Wettbewerb liegenden Modernitäts- und Modernisierungskonzepten („*competing modernities*“²⁴) doch ein *relativer* Abstieg des Westens verbunden. Denn die *alleinige* Führungsrolle des Westens, die zwischen 1989-91 und 2007 auf der einen Seite im wesentlichen mit der ökonomischen, politischen und militärischen Führungsrolle der USA sowie auf der anderen mit der diese in mehr oder weniger enger Abstimmung flankierenden,

23 L. Hinchman und T. Meyer: Theorie der sozialen Demokratie. Wiesbaden 2005.

24 M. Jacques, a.a.O.

rechtsstaatlich-juridischen Ausgleichs-, Vermittlungs- und „soft power“-Rolle Europas zusammenfiel, ist offenkundig vorbei.

Die relative Abnahme von Macht des Westens *nach aussen*, das damit einhergehende Gefühl der Redimensionierung („wenn jemand neben dir wächst, wirst du automatisch kleiner, obwohl du gleich groß bleibst“) und die entsprechende, zum Teil zweifellos sozialpsychologisch-irrational überzogene Ohnmachtsempfindung führen zu Selbstzerfleischungstendenzen *nach innen*.

Folgen der „Post-Empire“-Depression: Spaltungstendenzen innerhalb des Westens

Selbstzerfleischung ist eine natürliche Folge und der zentrale Funktionsmechanismus von Depression. Die Kraft, die nach aussen keinen Anhaltspunkt findet, weil sie am Gegebenen – berechtigt oder unberechtigt – verzweifelt, wendet sich gegen sich selbst. Diese Selbstzerfleischung ist bezogen auf die atlantische Gemeinschaft USA-Europa derzeit auf *zwei* Ebenen im Gange.

Sie ist *erstens* auf der *Meso-Ebene innerhalb der beiden Hauptmächte des Westens* im Gang, und zwar sowohl innerhalb der USA (zwischen Republikanern und Demokraten sowie zwischen Reichen und Mittelschicht) wie innerhalb Europas (zwischen Gewinner- und Verliererstaaten der Eurozone, Eurozonen- und Nicht-Euroländern sowie zwischen dem Kontinent und der britischen Sphäre), wenn auch in unterschiedlichen, dynamischen und daher zum Teil rasch variierenden Formen.

Sie ist aber – noch weit wichtiger – *zweitens* auch auf der *Makro-Ebene zwischen den USA und Europa* am Werk. Dies unter anderem in Gestalt neuer, kulturpsychologisch ebenso wie kontextpolitisch rasch an Bedeutung für die Identitätsbildung nach Innen und die Politikgestaltung nach Außen zunehmenden Nicht-Amerikanismen auf der einen und Anti-Europäismen auf der anderen Seite. Beide „-ismen“ sind, kombiniert man die im Raum stehenden Elemente historischer Symptomatologie, derzeit auf dem Weg zu einer Intensivierung – wenn auch wiederum mit unterschiedlichen Ansatzpunkten und auf verschiedenen Ebenen.

In Europa äussert sich die Spaltungstendenz zwischen den atlantischen Partnern eher tages- und (angewandt) ausrichtungspolitisch. Sie hat weniger einen programmatischen Charakter, sondern „geschieht einfach“ als Nebenprozess

wachsenden Eigeninteresses. Sie vollzieht sich *einerseits* als sich rapide häufende, ja zum (vielleicht auch nur unbewußt) System werdende Nichtbeachtung amerikanischer Wünsche und Strategien (Deutschland). *Andererseits* als Wiederauferstehung von Unabhängigkeits- und Eigenständigkeitsphantasien (Frankreich), die immer öfter offene bilaterale Konflikte hervorrufen wie etwa Ende August 2012 in der Bewertung des Zeitpunkts für die Bildung einer syrischen Übergangsregierung zwischen Francois Hollande und Hillary Clinton. Pauschale kulturelle Abwertungen Amerikas sind im heutigen Europa eher die Ausnahme, es gibt (nicht zuletzt wegen der noch immer weitgehend fehlenden gemeinsamen Sicherheits- und Aussenpolitik) keine ausdrückliche „Andere Regionen sind wichtiger für Europas Zukunft als die USA“-Strategie. Auch kulturell spielt der Anti-Amerikanismus heute nur eine sehr untergeordnete Rolle. Europas Abspaltungstendenz von Amerika ist, seit dem kurzen und umstrittenen Aufflammen einer ernsthaften intellektuellen Eigenständigkeitsdebatte im Gefolge des Irak-Kriegs George W. Bushs am 31. Mai 2003 durch die konzertierte öffentliche Initiative europäischer Intellektueller um Jürgen Habermas, Jacques Derrida, Umberto Eco und Fernando Savater „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“²⁵, an die sich heute bereits kaum mehr jemand erinnert, zur Zeit eher implizit als explizit, und eher passiv als aktiv. Vergessen wir in diesem Zusammenhang als Seitennote kontextueller Politikanalyse nicht: Es gibt nach wie vor weltweit keinen Kontinent, auf dem die amerikanische Populärkultur erfolgreicher ist als in Europa. Das gilt auch für das Jahr 2012. Die US-Populärkultur ist in Europa wirtschaftlich sogar erfolgreicher als in den USA selbst. Das mag dazu beitragen, einen offenen Anti-Amerikanismus faktisch zu verunmöglichen.

In den USA dagegen ist die „atlantische Spaltung“ zumindest in ihrer öffentlichen Rhetorik ausdrücklich strategisch und programmatisch grundgelegt vor allem in den makrostrategischen Programmen des Weißen Hauses, zugleich in ihrer Tiefenwirkung kulturell und typologisch-populistisch konturiert. Das fast täglich medial präsente „Europe-bashing“ der Führungsspitze um Barack Obama und seiner Eliten, die mit

25 J. Habermas und J. Derrida: Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas. In: FAZ, 31.05.2003, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/habermas-und-derrida-nach-dem-krieg-die-wiedergeburt-europas-1103893.html>.

bemerkenswerter Präzision keine Gelegenheit versäumen, auf Europa abwertend, kritisch oder durch offenes Missfallen einzugehen – wie etwa beispielhaft im Rahmen der berüchtigten „Eurokrisen-Vorlesung“ Obamas im September 2011²⁶ –, um ihre „Andersheit“ zu betonen, hat Amerika auf einen Wandel eingestellt, den Obama bewußt anstrebt: Amerika soll sich enteuropäisieren und dafür pazifischer werden. Das gilt aus Sicht der derzeitigen Administration für die Eliten, die Regierung und die Institutionen ebenso wie für die Kultur, die Intellektuellen, das geistige und historische Selbstverständnis, das Bildungswesen und die demographische Entwicklung. Das aktiv und zum Teil aggressiv anti-europäische Verhalten Obamas, das in europäischen Regierungsstuben spätestens seit seiner einseitigen, kurzfristigen Absage des Madrider US-EU-Gipfels vom Februar 2010 – mit der berühmt-berüchtigten Begründung „weil ich für Gerede keine Zeit habe“ – Topos geworden ist, verweist zwar auf eine tatsächliche Bedeutungsabnahme Europas für die USA.²⁷ Es zielt aber auch auf populären Zuspruch bei einem Thema, bei dem man in den gegenwärtigen USA „nur gewinnen“ kann, weil die meisten Amerikaner ihre durch die tiefen Krisen der vergangenen Jahre erstmals tiefgehend in Frage gestellte Identität und Loyalität zur „größten Nation der Erde“ durch Rückgriff auf den historischen Topos der Abgrenzung zu den Ursprüngen in Europa wiedergewinnen wollen. Das ist in scheinbar einfachen historischen Rückgriffen möglich, ist angesichts der mehr als 6-jährigen Krise Europas argumentativ gut zu untermauern und ausserdem ein mythologisch tief verwurzelter traditioneller Topos lagerübergreifend, also „bipartisan“-tauglich sowohl bei Liberalen wie Konservativen. Dieser Topos feiert im US-Wahlkampf 2012 seine wohl bemerkenswerteste Renaissance seit Jahrzehnten feiert.

Diese zwei großen Tendenzen: Anti-Europäismus in Amerika, Nicht-Amerikanismus in Europa bestimmen den US-Wahlkampf zwischen Obama und Romney mit. Der *ehere passive Nicht-Amerikanismus* der europäischen Eliten ohne klare kulturelle Abgrenzung und der *aktive Anti-Europäismus* der amerikanischen Eliten samt breiter kultureller Abgrenzung

26 K. Allen and D. Gordon Smith: 'Obama's Euro-Crisis Lecture Is 'Pitiful and Sad'. In: Der Spiegel online International, September 28, 2011, <http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,788807,00.html>.

27 E. MacAskill: Obama's EU summit snub sparks diplomatic row. In: The Guardian, February 2, 2010, <http://www.guardian.co.uk/world/2010/feb/02/barack-obama-eu-summit-snub>.

drohen die bisherigen atlantischen Beziehungen zu untergraben, ja sogar an ein Ende ihrer bisherigen Gestalt, Zielsetzung und Funktionsweise zu bringen. Inwiefern?

Weltanschauungen der US-Präsidentschaftskandidaten:
Das Bild Europas in den „Post-Empire“-depressiven USA

Ein klassischer Ausweg aus Depression ist die Projektion eigener Probleme nach aussen, aber niemals nach „ganz aussen“, sondern nach „innen aussen“ – also in das, was nahe steht und also verfremdet werden kann, um Veränderung zu bewirken. Es ist der unbewusste Mechanismus der Entidentifizierung durch Abstreifung auf den symbolischen „Anderen“. Die „depressiven „Post-Empire“ USA haben Europa als diesen historischen „Anderen“ ihres Selbst in der Dialektik zwischen Romney und Obama wiederentdeckt.

Europa gilt heute in der öffentlichen Rationalität Amerikas als die Projektion all dasjenige, was Durchschnitts-Amerikaner nicht mögen: der klassische „Verlierer“ (loser), „auf dem Abstieg“ (declining), unbeweglich und „von gestern“ (outdated). Den „alten Kontinent“ als chaotisch, „dysfunktional“ (Obama), ja „rettungslos verloren“ (Romney) zu sehen, ist im Jahr 2012 so geläufig, das jedes Schulkind dieses Motiv sofort assoziieren kann, weil es so bekannt ist. Es ist geradezu ein fragloser Selbstläufer geworden, eine nicht einmal politisch inkorrekte kulturelle Halb-Konvention, zu der keine weiteren Erläuterungen notwendig sind.

Dies nicht zuletzt, weil die amerikanischen Eliten, um sich selbst zu rechtfertigen und die Probleme des Landes auszulagern und zu legitimieren, seit 2007 regelmässig den nach wie vor mit Abstand weltgrößten Wirtschaftsraum, wichtigsten Handelspartner und größten Fremdinvestor der USA: eben Europa für die eigenen, seit Jahren zähflüssig anhaltenden Finanz-, Währungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen verantwortlich machen. Unterstützt werden sie von den die Welt dominierenden, allesamt in den USA angesiedelten und nach US-Recht aktiven drei großen Ratingagenturen, die vor allem europäische Länder nach völlig anderen Kriterien als die anglo-amerikanische Welt oder zum Beispiel Schwellenländer bewerten, war diese Rethorik bereits seit Jahren vergleichsweise erfolgreich. Mit Obamas Amtsantritt am 20. Januar

2009 hat sie sich in der Öffentlichkeit endgültig durchgesetzt, weil von Obamas nur allzu offener Geringschätzung Europas ein Habitus ausgeht, der längst in die Tiefenschichten der US-Öffentlichkeit eingesickert ist.

Die entsprechende Einzelargumentation hat in den vergangenen Jahren öfters gewechselt, ihr Grundmotiv blieb aber stets gleich: Weil Europa es „nicht begreift“, wie Moderne – einschliesslich der kulturspezifisch amerikanische, das heisst radikal antizipative Umgang mit Geld und Schulden – funktioniert, muß Amerika den Preis zahlen. Das für US-Amerikaner bedeutende, weil in eine neue Sonderrolle (die sich kaum von einem neuen „Neutralismus“ unterscheidet) weisende Diktum Obamas anlässlich der Beendigung des Irak-Krieges im Dezember 2011: dass die Welt nicht länger ihre Probleme nach Amerika auslagern und ihren Wohlstand von amerikanischen Importen abhängig machen könne, weil Amerikas Kraft Grenzen gesetzt seien, war da nur eine von buchstäblich dutzenden Varianten, die im Kern ein Wink mit dem Zaunpfahl vor allem an den europäischen Partner waren. Ohne dass dieser europäische Partner jedoch genau verstand, was da eigentlich gemeint war.

Dass angesichts des zum Sport, ja zuweilen, wie es den Anschein hat, geradezu zum Vergnügen gewordenen „Auf-Europa-Herumhackens“ der Obama-Administration und der – zumindest indirekt unter ihrer Ägide agierenden – drei großen Ratingagenturen sich sogar die britische EU-Aussen- und Sicherheitskommissarin Catherine Ashton zur öffentlichen Analyse gezwungen sah, dass die hier waltende US-Logik völlig undurchsichtig sei, da die Ratingagenturen in ihrem Einfluss auf die globalen Finanzmärkte keinesfalls objektive und gleiche Kriterien auf die USA und Europa anwendeten, war einer von mehreren Hinweisen auf eine sich rasch auch auf europäischer Seite vertiefende atlantischen Grabenmentalität. Es sei doch bemerkenswert, dass immer, wenn die US-Wirtschaftsdaten nach unten korrigiert werden und negativ sind, die großen US-Ratingagenturen europäische Länder ins Visier nehmen und – meist unangemessen oder gar ungerechtfertigt – angreifen, um von den Problemen des eigenen Landes abzulenken, liess eine genervte Aussenkommissarin im Juli 2011 verlauten. Eine gewiss nicht besonders diplomatische Stellungnahme – aber immer noch staatstragend im Vergleich zur aktuellen amerikanischen Anti-Europa-Rethorik sowohl seitens Regierung wie

Opposition, für die übereinstimmend Europa die wesentliche Schuld an Amerikas Krise trägt. Punktum.

Doch worauf verweist all dies?

Gemischte Gefühle Amerikas im Wahlkampfjahr 2012: Ist das pragmatische China der US-Kultur letztlich näher als das (post-)idealistische Europa?

Europa ist im US-Wahlkampf 2012, vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der atlantischen Nachkriegsbeziehungen in solcher Schärfe, geradezu zum national einheitlichen „negative blueprint“ der USA geworden – sowohl auf Seiten der Republikaner wie der Demokraten. Während China als ernsthafter, aber zusehends anerkannter Konkurrent angesehen wird, dessen Aufstieg mit einer Mischung aus Respekt und Fatalismus beggnet wird, sind sich zum ersten Mal alle über Europas Negativität einig, und zwar auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Ernsthaft öffentlich gehörte Widersprüche gegen diesen Trend gibt es im US-Wahlkampf 2012 kaum. Die wenigen verteidigenden Stimmen beschränken sich auf kulturelle Rückzugsechte wie die Erinnerung an die Leistungen der Griechen und Römer, Napoleon, moderne Malerei, Literatur und Musik, oder auf die Schönheit und Kultiviertheit von Orten wie Venedig, Lissabon, George Clooneys Comer See oder Johnny Depps Südfrankreich. Politisch und wirtschaftlich, aber auch bezogen auf zukunftsrelevante Aspekte des Westens sind Verteidigungsechte pro Europa auf verlorenem Posten. „Europa ist zu kompliziert. So viele Kleinnationen in einer Geldeinheit ohne politische Einheit: das konnte nie funktionieren, und das wird nie funktionieren“ – das ist der Tenor, dem im wesentlichen alle zustimmen, seien es Konservative oder Liberale, selbsternannte Restauratoren (wie Sarah Palin²⁸) wie auch selbsternannte Innovatoren Amerikas (wie Fareed Zakaria²⁹). Den ersteren ist Europa zu wenig „ursprungstreu“ und „wertefest“, den letzteren zu wenig vorwärtsgewandt und zu reflexiv, um Zukunft gewinnen zu können. Selbst die US-Grünen und –Linken zweifeln an Europas Ernsthaftigkeit, das Richtige konsequent umzusetzen, und fordern im Wahlkampf einen eigenen amerikanischen Weg in dieselbe Richtung.

28 S. Palin, a.a.O.

29 F. Zakaria: The Post-American World, a.a.O.

Ein Beispiel? Während in Europa Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz weitgehend gleichbedeutend sind und jedenfalls ursächlich wie perspektivisch zusammengehören, sind sie in den USA Gegenkonzepte, die sich ausschliessen. Ideen von *Ressourceneffizienz* und *grüner Technologie* werden in den USA weitgehend allgemein akzeptiert auf der Grundlage jenes natürlichen Pragmatismus der US-Kultur, der sie mit ihrem Ursprung in der britischen, willensbegründeten Weltzivilisation verbindet: Was funktioniert ist gut, was nicht, nicht. Also muss mit 2 Gallonen (7,6 l) Benzin statt 100 km 200 km fahren zu können gut sein, ganz gleich wie die dahinterliegende Philosophie und die Wege dazu sind. Dagegen wird *Nachhaltigkeit* als „typisch europäische“, weil „anti-innovative“ Idee abgelehnt. Nicht um Nachhaltigkeit als „Dauerhaftigkeit desselben“ geht es der anti-historischen Erneuerungs-, Dauerumbruchs- und Zukunftskultur Amerika, sondern um Innovation – nämlich Umformung des Bestehenden in das kommende Mögliche, das nach allen Kräften in die Gegenwart herein antizipiert werden soll, und sei es um den Preis der Zerstörung alles Bestehenden. Nicht zufällig spielen praktisch alle amerikanischen Blockbuster-Hollywoodfilme, die Umwälzungen, Menschheits- und Zukunftsszenarien gewidmet sind, mit der aktiven Zerstörung des eigenen Landes – eine unbewusste Vorwegnahme des „neuen Anderen“, um das sich die gesamte US-Kultur ständig dreht, was zum Teil zweifellos auch eine inhärente Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit begründet.³⁰

Europa dagegen wird in völligem Gegensatz dazu als die einzige Kultur identifiziert, die – noch dazu, wie der Rio-Gipfel 2012 erneut gezeigt hat, weitgehend isoliert, wenn nicht gar ganz allein³¹ – Nachhaltigkeit propagiert, während sie zugleich in allen anderen führenden Mächten der Welt, darunter USA und China, durch Ressourceneffizienz und grüne Innovation ersetzt wird. In dieser Optik scheint das im Gegensatz zu Europa „aufsteigende“ China eines gegenwartsbezogenen Pragmatismus

30 R. Benedikter: Geborene Identität – geborene Überlegenheit? US-amerikanische Kultursymptome heute: Zur Filmtrilogie „The Bourne Trilogy“ und ihren Paradigmen-Implikationen. In: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs. Herausgegeben von der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik Berlin. 17. Jahrgang, Heft 6/2006, Schwerpunkt: „Prekäre Identitäten“. Berlin 2006, S. 56-63.

31 G.-J. Gerbrandy: Rio Summit 2012 features totally isolated Europe. In: The European Parliament. 8. Outcome of the Rio+20 summit (20-22 June 2012) (debate), 5 July 2012, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20120705+ITEM-008+DOC+XML+V0//EN&language=EN>.

nun plötzlich in vielen Aspekten, nicht nur betreffend die für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts zu erwartende doppelte Führungsrolle der pazifischen „G-2“-Mächte USA und China, sondern auch mental und im „gesunden Menschenverstand“ sowie im natürlichen kulturellen Empfinden näher als Europa – und zwar nicht ohne Verwunderung, ja Erschrecken vieler Amerikaner. Wenn China der durchschnittlichen US-Mentalität in wichtigen Fragen wie Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit näher steht als Europa – wie sehr hat sich dann die Welt in kurzer Zeit gewandelt? Und wie unendlich weit ist Europa inzwischen weg – nicht nur geographisch, sondern auch geistig?

Europa geht nach unten, China nach oben, und zwar nicht zuletzt auch betreffend die Ideen im Zentrum der jeweiligen Leitmacht: das ist Amerikas zwar typologisch reduzierte, aber deshalb umso wirksamere Wahrnehmung; und darauf sucht es sich unter Barack Obama einzustellen. Das macht, wie man sich denken kann, äusserst komplexe und vielschichtige Manöver notwendig, die das „Land der Freien und Tapferen“ derzeit voll beschäftigen. Das Paradoxon daran ist, dass der Topos vom Aufstieg Asiens keineswegs neu ist, sondern bereits seit dem verlorenen Vietnamkrieg 1965-1975 unterschwellig ebenso erwartet wie gefürchtet wird. Doch zum ersten Mal ist die universale Abwertung, ja Ablehnung Europas von einem Seitengeräusch zum Hauptakkord geworden, den alle, unabhängig von ihrer Stellung im politischen Spektrum oder ihrer Zugehörigkeit zu den „social and political stripes“ ähnlich spielen. Diese Syntonie ist nicht nur bemerkenswert, sondern vielleicht sogar einmalig in der oft auch für die US-Bürger selbst schwer erträglichen Kakophonie amerikanischer Präsidentschaftswahlkämpfe.

Die Abwertung, ja systematische Ablehnung Europas wird, von wahltaktischen Manövern tagesaktuell noch zusätzlich instrumentalisiert und akzentuiert, im Rahmen des Wahlkampfes 2012 insgesamt vom tagespolitisch-vergleichenden zum systemisch-orientierenden Faktor sowohl der inneren US-Gesellschaftspolitik wie zugleich ihrer äußeren Macht- und Globalpolitik. Die Gleichzeitigkeit innerer und äußerer „Neubewertung“ Europas und das Systematische, Methodisch-Taktische dahinter ist das eigentlich Neue des heutigen Bildes Europas in der Sozialpsychologie der USA – ein Neues, das

vorher so kaum in der atlantischen Geschichte existiert hat.³² Ganz sicher nicht unter George W. Bush jr., nicht unter dessen Vater George H. W. Bush, und nicht in den dazwischenliegenden Clinton-Jahren. Der Abstieg Europas in den USA ist in seiner heutigen, radikalen Gestalt ein Ausdruck der Ära Barack Obama – halb passiv der neuen globalen Konstellation, halb aktiv dem Präsidenten und seinen Strategen geschuldet. Damit kommt das Ende der bisherigen atlantischen Beziehung gefährlich nahe – und zwar paradoxerweise gerade durch den in Europa bis heute vergötterten Barack Obama, nicht durch seinen allseits verlachten und gehassten Vorgänger George Bush. Es ist der „erste pazifische Präsident der USA“³³, wie sich Obama selbst stolz tituliert, der Europa als erster Präsident der amerikanischen Geschichte ernsthaft abschreibt; nicht der „letzte Atlantier“³⁴ George Bush, der an der Zentralstellung der Achse Europa-USA für die globale Entwicklung festhielt. Europa sollte darüber nachzudenken beginnen, was das bedeutet – nicht nur im Hinblick auf eine mögliche Wiederwahl Obamas.

Das gemeinsame Grundmotiv Obamas und Romneys: Abwertung Europas

Bei alledem zeigt sich nun die *erste* von drei zentralen Paradoxien, die die Gegenwart der atlantischen Beziehung kennzeichnen. Obama, der Liebling Europas, der Europa im – nach Kennedy – wohl reinsten amerikanischen Populismus ausserhalb der US-Grenzen seit den 1970er Jahren im Herbst 2008 für seine Wahl als Schaubühne benutzte, ist geostrategisch und bündnispolitisch *gegen* Europa. Dagegen ist Romney, ehemaliger Pariser Missionar und zugleich Europas apokalyptisch-messianischer Verdammer, aus makro-politischer Sicht *für* Europa.

Beide, Obama und Romney, halten zwar wenig von Europa – aber aus unterschiedlichen Gründen und auf unterschiedliche Weisen, die sich genau *spiegelverkehrt überkreuzen*. Beide

32 Vgl. dazu ausführlicher R. Benedikter: Eurozilla? Europe's Spectre in the U.S. Presidential Election Campaign, a.a.O.

33 M. Allen: 'America's first Pacific president'. In: Politico, November 13, 2009, <http://www.politico.com/news/stories/1109/29511.html>. Cf. P. Zengerle and C. Bohan: America's 'first Pacific president' woos China, North Korea, and Burma. In: The Independent, 15 November 2009, <http://www.independent.co.uk/news/world/asia/americas-first-pacific-president-woos-china-north-korea-and-burma-1820975.html>.

34 D. Hodges: David Cameron in Washington: We are all Atlanticists now. In: The Telegraph London, March 12th, 2012, <http://blogs.telegraph.co.uk/news/danhodges/100143136/david-cameron-in-washington-we-are-all-atlanticists-now/>.

versuchen, die Abkehr Europas, die sie eigentlich zutiefst verbindet, im Wahlkampf gegeneinander zu wenden, um sich gegeneinander abzugrenzen und bei ihren Wählern zu punkten.

Obama schätzt gewisse *innenpolitische* Aspekte des europäischen Wohlfahrtsstaates, hat Europa aber *weltpolitisch* als Alliierten völlig zugunsten Asiens abgeschrieben. Er gibt die atlantische Achse im Rahmen seiner "Asia First" Strategie als erster US-Präsident der Geschichte – was er jederzeit stolz hervorhebt – weitgehend auf. Es ist daher kein Wunder, dass seine Administration in Bezug auf die US-europäischen Beziehungen durch geradezu aktive und systematische Untätigkeit, ja Herablassung glänzt.

Romney dagegen hält an der zentralen Bedeutung der atlantischen Beziehung für die Zukunft des Weltgeschehens fest und misst dabei Europa weiterhin Sonderstatus bei, wenn auch nur in der untergeordneten und "helfenden" Rolle eines "second-handers". Er hält aber rein gar nichts von europäischer Kultur, Gesellschaft und Wohlfahrtsstaat, ja verdammt in seinen Reden Europa gern als den "Kontinent der Finsternis" und den "aussterbenden, verlorenen Ort", der nichts mehr habe, wofür es sich zu kämpfen lohne. Denn Europa habe das Christentum zugunsten eines ausufernden Säkularismus aufgegeben und suhle sich in Gruppen- statt in Individualrechten. Daher verkörpere, so Romney in seinen Wahlkampfäußerungen, Europa all das, was Amerika eben gerade nicht sein solle und nicht sein dürfe, ohne dass letztlich die ganze Welt ins Wanken gerate.³⁵

Aus diesen spiegelverkehrten "Unterschieden in Gemeinsamkeit" zwischen Romney und Obama ergibt sich im Wahlkampf eine bestimmte, anti-europäische Dialektik, die in der US-Geschichte ihresgleichen sucht. Diese Dialektik besteht im wesentlichen darin, dass Romney keine Gelegenheit versäumt, Europa *ideologisch-kulturell* zu verdammen, während Obama darauf mit Blick auf die politische Lage, wo die Rede vom "Niedergang Europas" so allgegenwärtig geworden ist, dass er sie nicht ignorieren kann, mit unablässigem, jeweils klug, weil scheinbar sachlich begründetem, daher meist tagespolitisch angestossenem *globalpolitischem* "Europe-Bashing" reagiert.

35 R. Marquand: Is Mitt Romney's Europe-bashing well placed? In: The Christian Science Monitor. January 11, 2012, <http://www.csmonitor.com/World/Global-News/2012/0111/Is-Mitt-Romney-s-Europe-bashing-well-placed>; und A. Good: Mitt Romney: 'European socialist policies not right for US'. In: The Telegraph London, September 23, 2011. Videodocument: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/republicans/8783948/Mitt-Romney-European-socialist-policies-not-right-for-US.html>.

Zu Recht hat der Mitgründer und Direktor des European Council on Foreign Relations (ECFR), Mark Leonard, darauf hingewiesen, dass

“das Paradoxon darin besteht, dass Obama zwar einerseits gewisse Brüche der transatlantischen Beziehung heilte, aber zugleich auch jener amerikanische Präsident werden könnte, der über das Ende des Westens als politischer Gemeinschaft wachte. Obamas große Zustimmungswerte in Europa verbergen die Tatsache, daß die westliche Allianz in der Imagination von Politikern auf beiden Seiten des Atlantik niemals unbedeutender war als unter ihm. Obamas Mangel an persönlicher Wärme hat es ihm versagt, jene menschlichen Beziehungen zu europäischen Führungspersönlichkeiten aufzubauen, die Allianzen mit Leben füllen. Gefragt, wer seine engsten Alliierten sind, nennt Obama regelmässig und ausschliesslich nicht-europäische Staatsmänner wie Recep Tayyip Erdogan aus der Türkei und Lee Myung-bak aus Südkorea.”³⁶

Und das ist kein Zufall, wie es scheint:

“Innerhalb eines Jahres nach seiner Wahl hatte es Obama bereits geschafft, die Führer der meisten europäischen Staaten zu entfremden, von Gordon Brown über Nicolas Sarkozy bis hin zu Jose Luis Rodriguez Zapatero. Amerikaner erinnern sich kaum daran, aber Europa wurde kollektiv blossgestellt und gedemütigt durch Obamas Weigerung, die Reise nach Europa zum EU-US Gipfel in Madrid 2010 anzutreten. Erst in der allerletzten Phase des US-Präsidentschafts-Wahlkampfes 2012 hat sich Obama von sich aus an die europäischen Alliierten gewandt, um den Eindruck zu vermeiden, dass der einzige Weg, als Europäer einen freundlichen Empfang in Washington zu erhalten der ist, eine Problemnation zu sein. Das war aber viel zu spät, um den Eindruck zu verwischen, dass Europa für diesen amerikanischen Präsident nur wenig bedeutet.”³⁷

Doch woran genau liegt das? Dazu abschliessend Leonard:

“Obama glaubt, dass die Überrepräsentation Europas in Institutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds eine Bedrohung der neuen, auf Ausgleich

³⁶ M. Leonard: a.a.O., S. 1-3.

³⁷ Ebda.

zwischen dem Westen und den aufsteigenden Mächten hinauslaufenden neuen, multipolaren Weltordnung ist. Das führt ein absteigendes Amerika zunehmend dazu, sich gegen Europa zu wenden in einer breiten Palette von Fragen, die von Klimaveränderung bis Währungsaspekten reichen. Das deutlichste Beispiel dafür kam beim G-20 Gipfel in Pittsburgh 2009, als Obama mit den aufsteigenden Schwellenmächten zusammenarbeitete, um Europa unter Druck zu setzen, seine Stimmrechte im Internationalen Währungsfonds IWF aufzugeben.

Die langfristige Konsequenz dieser Entwicklung könnte die Aushöhlung jener Weltordnung sein, welche die atlantischen Mächte in den vergangenen Jahrhunderten erbaut haben. Die große, ungeschriebene Geschichte der letzten Jahrzehnte jedenfalls ist die Art und Weise, wie eine europäisch inspirierte liberale ökonomische und politische Weltordnung in der Muschelschale einer amerikanischen globalen Sicherheitsordnung gezimmert wurde. Es ist eine Ordnung, die die Macht von Staaten und Märkten begrenzt und den Schutz der Individuen ins Zentrum stellt. Die Vereinigten Staaten waren der Sheriff dieser Ordnung, Europa sein Gerichtshof. Das alles wird nun (durch den wachsenden amerikanisch-europäischen Gegensatz, R.B.) in Frage gestellt...³⁸

Die rechts-republikanische Gleichung:
Europa ist Abgrund und Niedergang – und Obama ist Europa

Zu diesem *ersten* kommt nun ein – mittelfristig ebenso wichtiges – *zweites* Paradoxon. Es besteht im zentralen Wahlkampfmotiv Romneys.

Während der selbsternannte “erste pazifische Präsident der USA”, Obama, sich mit seiner “pazifischen” Ausrichtung brüstet und seit seinem Amtsantritt Europa in einem fort brüskiert, hat der “letzte Atlantier” Romney ausgerechnet die Strategie gewählt, Obama als “Europäisierer” der USA darzustellen, und dies als den Untergang Amerikas zu brandmarken. Romneys Gleichung lautet: Europa ist Abgrund und Niedergang – und Obama will die USA mehr als jeder andere US-Präsident vor ihm europäisieren, siehe zum Beispiel Gesundheits- oder Finanzreform, Nähe zur Zivilgesellschaft oder auch dialog- statt elitenorientierte

Gesellschaftspolitik. Damit entfremde Obama die USA von sich selbst, und führe sie wie Europa in eine Konstellation, wo große Teile der Bevölkerung mit Hilfe des Staates leben, aber keine Verantwortung für ihr eigenes Leben übernehmen.

Beispielhaft für inzwischen zahllose ähnliche Propaganda, die im übrigen auffällig zunehmend auch für den Geltungsbereich der pazifischen Alliierten der USA geschrieben wird, schreibt John Ambrose:

„Obama’s agenda is Europeanizing America and bringing us ever closer to a disastrous tipping point. It would be one in which our program bloat, romance with debt, smothering regulation and other governmental excesses get even more out of hand, creating a mess resembling what we now see most vividly in Greece, Italy, Spain, Portugal and Ireland. Much of Europe is not far behind, thanks to trying to give the public more and more with policies that leave businesses producing less and less. When escaping reality became impossible, officials tried timid austerity measures... Ours is a president of spectacular negligence... Obama and Congress headed in (the European) direction, ending up with a mishmash that ignored straightforward, relatively cheap alternatives. Sadly, this (Obama) administration has a European cast of mind, and America will pay dearly if a second term eventuates.“³⁹

Dieses Motiv ist für Romneys Wahlkampf zentral. Obwohl es repräsentativ für den Kern der gesamten republikanischen Strategie seit den „midterm elections“ vom November 2010 ist, hat es doch erst Romney zum Kern seiner Wahlagenda gemacht. Europa dient dabei als negative Folie, auf die die Politiken Obamas propagandistisch projiziert werden. Dabei hat es in Wirklichkeit ironischerweise noch nie einen US-Präsidenten gegeben, der so wenig von Europa gehalten hat wie Obama – was Romney und seiner Entourage natürlich genau bewußt ist.

Der große Widerspruch der Obama-Regierung:
Die WASP-Elite führt die USA von Europa weg

Ein *drittes* Paradoxon besteht in der seit dem Amtsantritt Hillary Clintons aktiv antieuropäischen Rolle des traditionell

vollkommen Europa-lastigen, WASP-Ostküsten-Establishments der USA – das nun unter Obama gegen seine eigenen Ursprünge und *forma mentis* arbeitet. Ausgerechnet Hillary Clinton, die wohl “weisseste” Aussenministerin seit langem, vollkommene Verkörperung des klassischen Ostküsten-Establishments, verkündet in ihren großen Signalartikeln wie “America’s Pacific Century” stolz, sie habe bewußt als erste Aussenministerin der US-Geschichte ihren Antrittsbesuch nicht mehr in Europa, sondern im Pazifik getätigt, um ein welthistorisches Signal der Abwendung von Europa und der Zuwendung zum Pazifik zu setzen.⁴⁰ Dass ihre gesamte Geisteshaltung weiblicher Emanzipation, demokratiepolitischer Dialogführung und ihre medialkulturpolitische Gesamtausrichtung ebensowenig im Pazifik einen Hintergrund finden wie ihr Versuch, China zu demokratisieren, ist nur einer der vielen Widersprüche der heutigen Obama-Regierung.

Die USA steuern unter Obama und Clinton weg von Europa, hin nach Asien – aber das könnte sich als der größte makropolitische und strategische Fehler der USA aller Zeiten erweisen. Denn im Pazifik ist historisch-kulturell niemals eine Demokratie entstanden, weil asiatische Gesellschaften traditionell nicht Individualismus, sondern Kollektivismus im Zentrum tragen; ebensowenig wie das Konzept der Freiheit oder Menschenrechte in Asien einen historisch-zivilisatorischen Widerhall findet. Beide werden vielmehr als westliche Erfindungen angesehen, und zwar auch in den mit den USA alliierten asiatischen Gesellschaften, die formal – von der USA Gnaden – Demokratien sind. Sollte sich also Amerika, wie von Obama gewünscht, in Richtung Pazifik umformen und sich von seinen europäischen Ursprüngen abkoppeln, dann könnte es sein, dass es dabei seine Grundpfeiler, auf die es gebaut wurde, in Frage stellt – mit unabsehbarem Ausgang. Der bisherigen Obama-Administration scheint diese Gefahr, die zentral mit ihrer programmatischen Abwendung von Europa verbunden ist, nicht bewußt zu sein. Man hat manchmal den Eindruck, die heutige Administration, allen voran Clinton und Obama, wissen gar nicht, welche große historische Weichen sie da stellen; und sie scheinen vor allem nicht um die vollen Implikationen dieser Weichenstellung zu wissen.

Nun gibt es freilich Stimmen, dass Europa und Amerika schon seit der Kolonialgeschichte und dem Befreiungskampf

40 H. Clinton, a.a.O.

der USA gegen seine Kolonialmacht Großbritannien im 18. Jahrhundert immer schon ein schwieriges Verhältnis hatten, das durch die Krisen des Kalten Krieges und seiner Nachwehen, die Einheit gegen das äußere Feindbild des Kommunismus erforderten und gewissermassen eine Notgemeinschaft der Werte hervorbrachte, nur temporär überdeckt wurde.

In Wahrheit hat die gegenseitige Entfremdung zwischen Amerika und Europa mit dem Amtsantritt von Barack Obama eine völlig neue, nie dagewesene Dimension erreicht. War George W. Bush, der in Europa verhassteste und meistgeschmähte US-Präsident aller Zeiten, paradoxerweise der “letzte Atlantier”, der in Zeiten des globalen Terrors seit 9/11 von der zentralen Bedeutung der Achse Amerika-Europa für die globale Entwicklung mindestens so sehr wie alle Nachkriegs-Präsidenten vor ihm überzeugt war, so brüstet sich Obama seit dem 20. Januar 2009 öffentlich fast wöchentlich damit, der – wie er anlässlich der offiziellen Vorstellung der neuen amerikanischen Überlegenheitsstrategie im Januar 2012 im Pentagon erneut bekräftigte – “erste pazifische Präsident der USA” zu sein, der Europa keine Priorität mehr einräumt, sondern das grosse amerikanische Schiff vom Atlantik in den Pazifik steuert. Für Obama spielt – nach eigener Aussage – Europa in der entstehenden multipolaren Welt nur eine untergeordnete Rolle, wenn überhaupt. Amerikas Zukunft liege in einer “Mittlerrolle” und einer “Metaposition” zwischen Atlantik und Pazifik, mit deutlicher Inklination in den Pazifik.

Nach dem Tod Samuel P. Huntingtons im Dezember 2008, eines gewiss nicht beispielgebenden, aber auf seine Weise unbeeinträchtigen Vertreters der bisherigen atlantischen Beziehung⁴¹, der die Bedeutung der europäischen Wurzeln und Tradition für den kulturellen und geistigen Weiterbestand der USA genau einsah, ist die heutige Generation von Intellektuellen und Eliten die erste, die Europa auch theoretisch abschreibt. Dass Hillary Clinton, die WASP-Vertreterin par excellence, hier eine immer öfter theatralisch, ja zum Teil emotional-heroisch inszenierte Vorreiterrolle spielen zu müssen meint, ist von unvergleichlicher historischer Ironie. Es ist aber ohne Obamas Präsidentschaft

41 R. Benedikter: Die Projektion des 20. in das 21. Jahrhundert. Zur historischen Symptomatik neuerer US-amerikanischer Politik- und Kulturwissenschaft. Ein Nachruf auf Samuel P. Huntington (1927-2008) aus grundsatzorientierter europäischer Sicht. In: Zeitschrift für Politik. Wissenschaftliches Organ der Hochschule für Politik München. 90. Jahrgang, Heft 2/2010, München 2010.

nicht denkbar, denn eine Präsidentin Hillary Clinton hätte – auch das eine Paradoxie – einen weit balancierteren Kurs zu Europa gefahren, was in ihrem Mitarbeiter- und Beraterumfeld ebenso wie bei ihren Vorgängerinnen wie Madeleine Albright ein nur allzu offenes Geheimnis ist.

Obamas Reaktion auf Romneys Taktik der “Europa-Identifikation”:
“Europe-bashing”

In der Tat hat Barack Obama die gegenseitige Entkoppelung von Amerika und Europa seit dem Beginn seiner Amtszeit nicht nur entschieden aufgegriffen, sondern die Abwertung der atlantischen Partnerschaft auch wie kein US-Präsident vor ihm aktiv und bewußt vollzogen. Im Wahlkampfjahr nimmt sein “Europe-bashing” als Antwort auf Romneys Vorwurf des “Europäisierers” immer aggressivere Formen an, die die Grenze zur Brückierung und Demütigung der europäischen Partner immer häufiger bewußt überschreiten, um mit Blick auf die US-Wählerschaft den Vorwurf der Europafreundlichkeit zu widerlegen. Ein Beispiel unter zahllosen vom Juni 2012?

“Ein bissiger Streit zwischen der EU und dem Rest der Welt ist auf dem Gipfel der wichtigsten Industriestaaten und Schwellenländer im mexikanischen Los Cabos ausgebrochen. Der Gipfel hatte noch gar nicht richtig begonnen, da platzte schon EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso der Kragen. Die Krise sei nicht in Europa aufgelöst worden, sondern in den USA – durch die unorthodoxe Praxis in einigen Bereichen des Finanzmarktes. Dann seien die EU-Banken infiziert worden. US-Präsident Obama sagte nach einem Gespräch mit Merkel ein geplantes Treffen mit den übrigen Vertretern der EU einseitig gleich ganz ab. Grund: Es gebe keinen Gesprächsbedarf mehr.”⁴²

Beispiele wie dieses zeigen, dass sich Obama dazu genötigt sieht, Romneys Anti-Europäismus öffentlich mit wachsender Deutlichkeit zu imitieren, wie im übrigen auch Aspekte von Romneys “neues amerikanisches Jahrhundert” Propaganda⁴³, um die amerikanischen Wechselwähler anzusprechen. Dass

42 C. Hauenstein: Treffen mit US-Präsident Obama bei G-20 Gipfel abgesagt: Bissiger Streit zwischen EU und dem Rest der Welt um Euro-Krise. In: Die Krone Wien, 20. Juni 2012, S. 3.

43 Vgl. z.B. D. Jackson: Obama echoes Romney (and Luce) on ‘American Century’. In: USAtoday, May 23, 2012, <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2012/05/obama-echoes-romney----and-luce----on-the-american-century/1#.UENP3b8w-qQ>.

man Obama für seine “Romney-Nachahmung” sowohl im Hinblick auf Europa wie auf die US-Globalstrategie politische Charakterlosigkeit vorwerfen kann, scheint den Präsidenten nicht weiter zu stören.

Zusammenfassung: Die drei heutigen atlantischen
Paradoxien und ihre Begleitgeräusche

Zusammenfassend ergeben sich also *drei zentrale Paradoxien* innerhalb des US-Wahlkampfes mit Blick auf Europa. Diese drei Paradoxien stellen ebenso symbolisch versinnbildlichende wie realpolitisch konstitutive Motive für die Struktureigenschaften der heutigen atlantischen Beziehung dar. Das Gesamtbild dieser Beziehung im Spannungsfeld zwischen Barack Obama und Mitt Romney zeigt sich wie folgt:

1. Romney und seine Entourage sind gegen Europa – allerdings vorwiegend kulturell, nicht makropolitisch und strategisch. Während sie Europa kulturell und sozial als den „Kontinent der Finsternis“ kennzeichnen und ihm Anti-Individualismus vorwerfen, halten sie zugleich an Europas makropolitische Bedeutung für die USA fest. Die nach rechts radikalisierten Republikaner setzen in ihren globalen Strategien für ein „Neues amerikanisches Jahrhundert“ weiterhin zentral auf die atlantische Achse.
2. Obama und seine Administration sind ebenfalls gegen Europa – aber vorwiegend makropolitisch und strategisch, nicht kulturell und auch nicht bezogen auf gesellschaftspolitische Einzellösungen. Dabei besteht aus Sicht der regierenden Demokraten eine Differenz zwischen Europas innen- und aussenpolitischer Rolle für die USA. Obamas „Asia First“ Strategie wertet Europa aussen- und globalpolitisch massiv ab, da er ihm unter anderem Entscheidungsschwäche und Uneinigkeit vorwirft. Zugleich ist Europa für wichtige innenpolitische Agenden der Demokratischen Partei wie Gesundheitsreform, Sozialsystem, partizipatorische Erneuerung der Demokratie, Institutionen- und Wahlreform oder Reform des Finanzwesens in ausgewählten Aspekten ein wichtiger Orientierungspunkt Obamas, ohne dass die europäischen Verhältnisse direkt kopiert werden sollen.
3. Daraus ergibt sich die Paradoxie, dass Europa eigentlich Romney bevorzugen müsste, da er Atlantier und nicht

Pazifiker ist wie Obama – obwohl Romney in vielerlei Hinsicht das genaue Gegenbild Europas ist, und auch aktiv sein will.

4. Romney versucht, Obama als den „Europeanizer“ der USA darzustellen, obwohl dieser als „pazifischer Präsident“ in seiner politischen Essenz weniger mit Europa am Hut hat als Romney.
5. Umgekehrt bevorzugen die europäischen Konservativen wie David Cameron oder Angela Merkel klar Obama und ignorieren ihren natürlichen „Parteikollegen“ Romney völlig, ja lehnen ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit ab – was ironischerweise insgesamt aus Gründen des weitverbreiteten amerikanischen Anti-Europäismus für Obama schlechter ist als für Romney, was eine weitere Paradoxie darstellt. Romney ist kein Konservativer aus europäischer Sicht, weshalb Europäer Obama bevorzugen. Obama wiederum ist aus europäischer Sicht kein Linker, weshalb ihn europäische Linke genauso ablehnen, wie sie Romney ablehnen.
6. Das Ganze gipfelt dann noch in einer Reihe von Seiten-Widersprüchen, darunter die in sich vielfach gebrochenen und gespaltenen „atlantischen Unabhängigkeitspolitiken“ Europas, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, gegenüber den USA, die aber nur aufgrund der militärischen Schutzpolitik der USA und der engen Beziehungen der Eurozone zum atlantischen Partner überhaupt möglich sind.

Insgesamt besteht also eine durch zahlreiche Paradoxa gekennzeichnete Situation, durchzogen von ebenso zahlreichen historischen Ironien, und kein Ausweg in Sicht. Wenn nämlich am 6. November Obama die Präsidentschaftswahl gewinnt, nimmt das pazifische Jahrhundert endgültig Form an, und Europa bleibt links liegen. Das atlantische Bündnis wird dann an Bedeutung weiter abnehmen. Wenn dagegen Romney gewinnt, wird die atlantische Achse voraussichtlich wiederbelebt, aber in einem militanten und kriegerischen Sinn (Iran!), gegen die Deutschland und die anderen führenden europäischen Mächte, einschliesslich sogar Großbritanniens, das noch immer ein gebranntes Kind des Irak-Kriegs ist, bereit seit Jahren opponieren. Mit Romneys Sieg ergäben sich neue Zwangslagen, innere Konflikte und Handlungsengpässe für Europa. Diese wären zwar anders gelagert als gegenüber Obama, aber insgesamt nicht weniger komplex.

Fazit: Vom Regen in die Traufe? Europa zwischen Barack Obama und Mitt Romney

Fazit? Europa findet sich im US-Wahlkampfjahr 2012 vor die Wahl zwischen Barack Obama und Mitt Romney gestellt. Es befindet sich damit – zumindest aus selbstbezogener Sicht – in der Falle zwischen Skylla und Charybdis. Es steht zu erwarten, dass seine „Post-Empire“-Depression auch wegen – und mittels – dieser schier unauflösbaren Klemme nicht nur für die Eurozone, sondern für Gesamt-Europa in den kommenden Jahre anhalten wird – auch über den November und Dezember 2012 hinaus.

Wie auch immer man es dreht und wendet: Die Zukunft des atlantischen Bündnisses ist düster. Von „Zwielicht“ zu sprechen etwa für Obamas ständige Negativität und systematische Abwertung Europas auf globaler Ebene, wie es viele amerikanische Beobachter tun, scheint beinahe eine Untertreibung anlässlich des unüblich offenen und undiplomatischen Verhaltens des Präsidenten. Europas Bedeutung scheint in den Augen Obamas endgültig an ihre Ende gelangt. Eine zweite Amtszeit wird dies zuspitzen. Könnte demgegenüber ein neuer amerikanischer Präsident Romney nicht zuletzt mittels der Schockwirkungen seiner zu erwartenden Brachial- und Radikalpositionen zumindest einen Weckeffekt für die immer stärker (aktiv) eingeschlaferten Beziehungen zwischen den führenden demokratischen Weltregionen haben? Wäre ein Wechsel an der US-Führungsspitze demnach im Sinn der Behauptung der auf globaler Ebene im Sinn der Demokratie dringend nötigen Einheit der führenden demokratischen Regionen gegen die rasch aufsteigenden, mehrheitlich nicht-demokratischen Gesellschaften der entstehenden multipolaren Weltordnung? Oder steht Europa, vor die Wahl zwischen Obama und Romney gestellt, aufgrund von Romneys offensichtlicher Unfähigkeit letztlich aussichtslos zwischen Regen und Traufe?

Die Antwort ist ebenso offen wie ambivalent. Beide Spieler decken für den Wahlkampf nicht alle ihre Karten auf. Überraschende Wenden sind zwar in dieser Phase des Wahlkampfes nicht mehr zu erwarten, können aber für die Zeit nach der Wahl nicht ausgeschlossen werden. Trotzdem lassen sich einige Grundlinien für die nächste Amtszeit des US-Präsidenten 2013-2016 zeichnen.

Auf der einen Seite ist Obama definitiv kein Freund Europas, das er für vernachlässigenswert, ja für aus den globalpolitischen

Mechanismen heraus notwendig und unausweichlich progressiv unbedeutender hält. Dazu kommt, dass Obama in dieser Haltung durch den Wahlkampf, in dem er sich permanent gegen die „Obama, der Europäisierer der USA“-These der Republikaner absetzen und mit dem Beweis des Gegenteils profilieren musste, weiter radikalisiert wurde, und zwar nicht unbedingt gegen seine Überzeugungen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sein letzter Wahlkampf mit der in der amerikanischen Öffentlichkeit unvergessenen, für ihn beispiellos negativen Berlin-Aktion 2008 und dem unverdienten „antizipativen“ „europäischen“ Friedensnobelpreis 2009, der ihm selbst eher lästig war und ihm unter der US-Bevölkerung ebenso geschadet hat, ja in der Tat diesen Anschein der Europa-Affinität erweckte.

Das legt nahe: Obama wird aus seinem zweiten und letzten Präsidentschaftswahlkampf als radikalerer „Europe-basher“ hervorgehen, als er es bisher bereits war. Das ist keine gute Nachricht für ein von ihm ohnehin schon bei jeder sich bietenden Gelegenheit an den Pranger gestellte, gerügte und aktiv an den Rand globaler Agenden gedrängtes Europa, das er der Verbesserung der Beziehungen zu asiatischen Nationen opfert, auch wenn diese nicht demokratisch sind und im Wettstreit mit den USA liegen.

Diese Ausrichtung Obamas wird sich in einer möglichen zweiten Amtszeit nicht ändern. Im Gegenteil. Obama wird bei Wiederwahl die Politik der Schwächung Europas, die für ihn ein *circulus vitiosus* zwischen selbsterfüllender Prophezeiung, globaler Gerechtigkeit und welthistorischer Notwendigkeit ist, weitgehend ungebrochen fortsetzen. Da er – im Unterschied zu Romney – mangels Wiederwahlmöglichkeit bis 2016 von diplomatischen und taktischen Zwängen weitgehend befreit ist, wird er – ebenso wie in seinen innenpolitischen Agenden – auch bezüglich der Abkoppelung von Europa (mit Ausnahme Großbritanniens) einen noch deutlicheren Kurs fahren, falls eine Steigerung angesichts seiner bisherigen Haltung denn überhaupt möglich ist.

Obama wird einen Kurs fahren, der Amerika nicht mehr an der Seite Europas, sondern zwischen Europa und Asien positioniert – mit allen Konsequenzen auch für Amerika selbst, das dadurch weiter „enteuropäisiert“ werden wird, und zwar sowohl demographisch wie schon heute, aber auch politisch, gesellschaftspolitisch und kulturell. Obama ist sich völlig bewusst,

dass er selbst der erste konsequente, oder wie er es selbst bewußt messianisch ausdrückt, „Fleisch gewordene“ Ausdruck der künftigen „Metaposition“ der USA mittels ihrer Enteuropäisierung ist. Von ihr erhoffen sich er und ein Teil der US-Eliten die Rettung des amerikanischen Status und Wohlstandsniveaus in einer (wenn auch nur machtpolitisch, militärisch und technologisch) „gleicher“ entwickelten Welt. Aufgrund seiner von ihm selbst berichteten „eingeborenen pazifischen Herkunft und Neigung“, an der er bei keiner Gelegenheit einen Zweifel läßt, sowie seines Bewußtseins, Teil des demographischen Wandels der amerikanischen Eliten und der amerikanischen Gesellschaft zu sein, ist nicht damit zu rechnen, dass sich Obamas aktiver Anti-Europäismus in seiner zweiten Amtszeit ändern wird – Katastrophen und Sonderereignisse, auf die Europa nicht hoffen sollte, einmal ausgeschlossen.

Wie gesagt könnten Obamas Hoffnungen allerdings für die USA und ihr bisheriges Selbstverständnis ein gefährliches Spiel werden, dessen Tiefe und singuläre Bedeutung den heutigen Eliten noch nicht ausreichend bewußt ist – geschweige denn der Durchschnittsbevölkerung. Obamas Steuerung des amerikanischen Schiffes vom Atlantik in den Pazifik könnte sich für die USA und ihren spezifischen „Geist“, vor allem aber für ihre Gesellschaftsform als größtes Missverständnis ihrer Geschichte erweisen. Denn die USA werden nicht die bleiben, die sie – aus Europa heraus – mittels freimaurerischen und rosenkreuzerischen, aufklärerischen Impulsen in Gestalt ihrer Verfassung von 1776 geworden sind, wenn sie, wie Obama es vorher sieht, weitgehend „pazifiziert“ und „versüdtlicht“ werden. Aus Asien kommt weder jener proto-spirituelle Gesellschaftsimpuls der Individualität und der „self-reliance“, auf die Amerika wie kein anderes Land der Welt gegründet ist, noch der Impuls der Demokratie oder der Meta-Kulturalität. All diese ideengeschichtliche und kontextpolitische Kräfte, die im Zentrum der Sonderstellung der USA als Nation stehen, welche als einzige „die gesamte Menschheit“ zu repräsentieren imstande ist, sind dem aufsteigenden Asien entweder unbekannt, fremd, oder wurden ihm erst von den USA geschenkt.

Das bedeutet: An die Wurzel der europäischen Ursprünge und der von ihnen erst ermöglichten Zentrumsidentität des Kosmopolismus zu rühren, könnte das Ende jener USA bedeuten, die wir kennen. Allerdings erst langfristig, und lange nach Obamas

Amtsabschied. Doch es gibt nicht erst seit Samuel P. Huntingtons noch stark republikanisch, chauvinistisch und „WASP“ („White, Anglosaxon, Protestant“)-geprägten Alarmrufen wie etwa „Who Are We? The Crisis of American Identity“⁴⁴ eine zunehmende Aufmerksamkeit von Teilen der amerikanischen Eliten, und zwar auch der progressiven, liberalen und „linken“, auf den intrikaten Zusammenhang zwischen Geschichte (die in den USA traditionell zugunsten der Zukunft vernachlässigt wird), Kultur, kollektiver Identität, Ursprungs- und Gründungsmythologien und politischem System. Darunter sind in wachsender Zahl auch balancierte Teile der US-Intellektuellen nicht nur der Ostküste, die Obamas „kulturpolitischen“ Kurs gegen Europa zunehmend kritisch sehen, ja sich teilweise eben im Sinn der Wurzeln der Aufklärung und der ideengeschichtlichen Grundlagen der USA gegen ihn wenden, obwohl sie ihn 2007-08 noch enthusiastisch unterstützt hatten.

Wird dies Romney zugutekommen? Wäre er in langfristiger Perspektive – zumindest aus europäischer Sicht – gar der „bessere“ Präsident für die Zukunft des Westens?

Fakt ist: Romney wird als Präsident die Aussenpolitik der USA wenn nicht „re-europäisieren“, so doch Europa wieder stärker annähern. Zugleich aber wird er innenpolitisch und kulturell die Kluft vergrößern und einen autoritären Einzelgängerstil, wie er unter dem „Befehlshaber des Westens“ George W. Bush Gang und Gäbe war, wiederbeleben – zum Erschauern der meisten Europäer. Romneys Politikstil und seine provinzielle, allzu ausschliesslich und überheblich wirkende amerikanische Persönlichkeit werden die Kluft zwischen den USA und Europa in Sympathiewerten und Zusammengehörigkeitsgefühl mindern, wenn nicht auf neue Negativ-Rekordwerte fallen lassen. In vielen Agenden wie etwa Klimaveränderung, Umweltschutz oder soziale Partizipation sowie Ankündigung neuer „präventiver Globalkriege zum Schutz amerikanischer Agenden“ wie gegen den Iran oder Syrien ist Romney geradezu das Gegenbild Europas und ein aktiver politischer Gegner der Agenden, die Europa global und regional wichtig sind. Romney könnte insgesamt als der US-Präsident in die Geschichte eingehen, der die gegenseitige atmosphärische Entfremdung auf einen Tiefpunkt der 250jährigen Beziehung treibt – und zwar

44 S. P. Huntington: *Who Are We? The Challenges To America's National Identity*. Simon & Schuster, New York 2004.

ohne besonderen Taten, sondern rein aufgrund seines Auftretens, das ebenso linkisch wie arrogant wirkt und dabei wenig historische Beispiele hat.

Mit einem Wechsel der Präsidentschaft von Obama zu Romney könnte Europa also vom Regen in die Traufe kommen.

Dazu kommt ein drittes: Die unheilige Einheit der beiden so unterschiedlichen Kandidaten in ihrer Geringschätzung Europas, die sie unter anderem in einer aktiv anti-säkularen Haltung vereint. Beide potentiellen Präsidenten sind vor allem in einem Punkt eins, der sie geradezu zum Gegenbild Europas macht: In ihrer bewußten, ungebrochenen und aktiven Mythologisierungsrhetorik, die im säkularen und laizistischen Europa nicht nur auf wenig Gegenliebe, sondern auf Unverständnis stößt. Romney treibt Obama auch in diesem Punkt vor sich her, und Obama reagiert mit Angleichung an republikanische Muster. Wenn zum Beispiel Obama im August 2012 als seinen größten Fehler im bisherigen Wahlkampf ausmacht, er habe zu wenig beachtet, „dass es das Wesen dieses Amtes ist, dem amerikanischen Volk eine Geschichte zu erzählen, die ihm ein Gefühl von Einigkeit und Sinn und Optimismus gibt“⁴⁵, dann ist er damit so weit entfernt wie nie zuvor in seiner Amtszeit von einem Europa, das sich selbst seit dem zweiten Weltkrieg der Demythologisierung, der soweit als möglich nüchternen Rationalisierung und einem Dialogismus, der im Kern ein nominalistischer Dekonstruktivismus ist, verschrieben hat. Der Unterschied zu Obamas Vorgänger George W. Bush ist hier gar nicht so groß, wie es die Obama-Euphoriker in der Europäischen Union am Beginn seiner Amtszeit triumphal glauben machen wollten.

Dasselbe gilt allerdings für Romney. Er, der bekennende Mormone, beschuldigt Europa, deshalb ein „aussterbender Kontinent“ zu sein, weil „keine religiösen Ideale mehr“ im Staats- und Gemeinschaftswesen, also letztlich in der Politik vorfindlich seien – und weil die großen Heils-Erzählungen des Christentums nicht mehr wörtlich, buchstäblich genommen würden.⁴⁶ Gar nicht zu reden von dem – nach eigener Definition – „Kulturkrieger“ Romney, der den Hauptunterschied

45 B. Obama, in: Dpa: US-Präsident ganz reumütig. Obama verrät seinen „größten Fehler“. In: HNA Nachrichten, 26.08.2012.

46 Vgl. dazu ausführlich R. Benedikter: Eurozilla? Europe's Spectre in the U.S. Presidential Election Campaign, a.a.O.

zwischen den USA und Europa, „der aus unserer Sicht alles entscheidet“, in der verschiedenen Art, Geschichten zu erzählen und Geschichten in die Zukunft zu spinnen sieht.⁴⁷ Das gab er unter anderem bei seiner unvergleichlich desaströsen, sogar George W. Bush an Ungeschick und Peinlichkeit übertreffenden Wahlkampf-Weltreise in der Olympiastadt London zum Ärger der britischen konservativen Regierung „weltweise“ von sich. Obwohl Amerika schon grundsätzlich in seiner gesamten, bis heute im Gegensatz zu Europa unmittelbar lebendigen Zivilreligion weit stärker mit Geschichten und Mythen verbunden ist als das säkulare Europa, was geradezu den Kern seines Zukunftsgeistes ausmacht, gegenüber dem jede Vergangenheit und Gegenwart verblasst, öffnet diese Differenz in Gestalt der beiden jetzigen Kandidaten ein weiteres atlantisches Dilemma, das bei fortschreitendem Auseinanderdriften zu einem atlantischen Abgrund werden könnte.

Zusammenfassung und Ausblick

Was bedeutet das für Europas eigenes Handeln, seine künftige atlantische Handlungsfähigkeit? Mit Romney und Barack Obama: Beide Präsidentschaftskandidaten bieten unterschiedliche Optionen für Europa.

Gegenüber Romney kann Europa aussen- und globalpolitisch punkten, indem es sein „neues amerikanisches Jahrhundert“, und damit die globale Vorherrschaftsphantasie Amerikas über 2012 hinaus unterstützt; indem es also Romneys rückwärtsgewandten und kriegerischen Neo-Atlantismus durch Kooperation bestärkt. Der Nachteil ist, dass Romney ein „harter“, möglicherweise kriegerischer und expansiver Präsident sein wird, der im Dienst der 1% reichsten Amerikaner das Land nach innen kolonialisiert, Europa äusserlich als Vasall hält und dabei Europa kulturell für das Gegenbild all dessen hält, was Amerika ist und werden soll. Das ist keine gute Ausgangslage für vertiefte, vertrauensvolle Kooperation auf der Grundlage gegenseitigen Verstehens.

Gegenüber Obama hat Europa den Vorteil, in verschiedenen innenpolitischen Reformagenden Vorbildwirkung zu entfalten und Anerkennung zu erhalten, indem es sein Know-How in Einzelfragen zur Verfügung stellt – vor allem in solchen Fragen,

47 A. Good: Mitt Romney: 'European socialist policies not right for US', a.a.O.

in denen es, wie zum Beispiel Klimatechnologie oder Ressourceneffizienz, den USA gut ein Jahrzehnt voraus ist. Zugleich ist Europa unter Obamas Kurswechsel des amerikanischen Schiffs vom Atlantik in den Pazifik zu strategischer, aussen- und globalpolitischer Bedeutungslosigkeit innerhalb der Allianz verdammt. Obamas Indifferenz, ja geradezu systematische globalpolitische Brüskierung und Demütigung Europas auch ausserhalb des Wahlkampfs ist für die Zeit nach seiner möglichen Wiederwahl keine gute Ausgangslage. Da Obama in den ersten zwei Jahren seiner zweiten Amtszeit, also bis zu den „midterm elections“ im November 2014, wie jeder US-Präsident freie Handlungsbahn hat und in diesem kurzen Zeitraum alles erreichen muss, wofür er in die Geschichte eingehen und erinnert werden will, wird er radikalisiert aus einem möglichen Sieg hervorgehen und daher Europa noch weiter zugunsten innenpolitischen Reformen und pazifischer Konsolidierungen vernachlässigen.

Zusammenfassend bedeutet das:

Beide möglichen US-Präsidenten der Jahre 2013-2016 sind keine Freunde Europas. Europa scheint gefangen zwischen der Skylla Obama und der Charybdis Romney – beides Optionen, die man, wenn auch aus verschiedenen Gründen und auf unterschiedliche Weisen, kaum als unbefriedigender bezeichnen kann. Und eine „Wetterbesserung“ scheint bis auf weiteres aufgrund des tiefgreifenden, nicht zuletzt persönlich gefärbten Anti-Europäismus *beider* Kandidaten nicht in Sicht.

„Es wird eine Wahl zwischen zwei verschiedenen Wegen für Amerika... eine Wahl zwischen zwei fundamental verschiedenen Visionen für die Zukunft“⁴⁸, sagte Obama beim demokratischen Wahlkongress am 6. September 2012. Das gilt zweifellos für Amerika, aber kaum für die Wirkung der Wahl auf Europa. Europa ist mit beiden potentiellen Präsidenten schlecht bedient.

Das einzige, was Europa heute tun kann, ist,

1. seine multiplen Krisen zu überwinden,
2. aus ihnen gestärkt und
3. – etwa im Rahmen des von Angela Merkel im Spätsommer 2012 in Betracht gezogenen neuen EU-Konvents zur Schaffung einer erstmals ernsthaften, umfassenden und operativ beweglichen politischen Union neben und in Einheit mit der

anvisierten Fiskalunion – erneuert hervorzugehen.

Darauf aufbauend kann es dann

4. Amerika durch Stärke davon überzeugen, dass es sein unentbehrlicher Partner und seine weiterhin wichtigste global- und wirtschaftspolitische Stütze und Achse ist.

Dabei sind neo-chauvinistische Aussagen von Teilen der europäischen Eliten als Reaktion auf Europas Abwertung wie jene Robert Menasses, Europa sei heute der einzige selbstkritische Kontinent, ebenso unangebracht wie überzogenes Krisen- und Leidensbewußtsein. Was nötig ist, ist ein neuer Realismus in der Arbeit an den atlantischen Beziehungen. Alles andere wird Europas – zumindest relativen – Abstieg weniger global, wohl aber *innerhalb der westlichen Allianz* weiter beschleunigen. Unabhängig davon, ob der nächste US-Präsident nun Obama oder Romney heisst. 🌐

Roland Benedikter

ist Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanalyse, Politische Antizipation und Kontextuelle Politikanalyse an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und an der Stanford Universität, USA.

Autorisierte Internetseiten: <http://europe.stanford.edu/people/rolandbenedikter/> und http://en.wikipedia.org/wiki/Roland_Benedikter. Kontakt: rben@stanford.edu.

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Themenhefte (Auswahl)

- | | |
|--|--|
| 86 Neue Weltordnung 2.0 | 47 Europäische Arbeitspolitik |
| 85 Brasilien – Land der Gegensätze | 46 Globale Finanzmärkte |
| 84 Ernährung garantiert? | 45 Von Dynastien und Demokratien |
| 83 Arabische Brüche | 44 Modernisierung und Islam |
| 82 Autoritarismus Global | 43 Großmächtiges Deutschland |
| 81 Atomare Abrüstung | 42 Europäische Außenpolitik |
| 80 Japan in der Katastrophe | 41 Transatlantische Perspektiven II |
| 79 Rohstoffpoker | 40 Transatlantische Perspektiven I |
| 78 Polen regiert Europa | 39 Wohlfahrt und Demokratie |
| 77 Vom Fremden zum Bürger | 38 Politisierung von Ethnizität |
| 76 Herausforderung Eurasien | 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? |
| 75 Exit Afghanistan | 36 Gender und IB |
| 74 Vergessene Konflikte | 35 Krieg im 21. Jahrhundert |
| 73 Klimapolitik nach Kopenhagen | 34 EU-Osterweiterung im Endspurt? |
| 72 Südafrika und die Fußball-WM | 33 Entwicklungspolitik |
| 71 Selektive Grenzen | 32 Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden? |
| 70 Brodelnder Iran | 31 Recht in der Transformation |
| 69 Europäische Brüche | 30 Fundamentalismus |
| 68 NATO in der Sinnkrise | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 64 Konfliktherd Kaukasus | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 63 Geopolitik Ost | 20 Demokratie in China? |
| 62 Zerrissene Türkei | 19 Deutsche und Tschechen |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 18 Technokratie |
| 60 Russische Moderne | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 16 Naher Osten – Region im Wandel? |
| 58 Regionalmacht Iran | 14 Afrika – Jenseits des Staates |
| 57 Ressource Wasser | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 11 Europa der Regionen |
| 55 G8 Alternativ | 8 Reform der UNO |
| 54 Identität Europa | 7 Integration im Pazifik |
| 53 Rotes China Global | 6 Zerfall von Imperien |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 5 Migration |
| 51 Geheime Dienste | 3 Realer Post-Sozialismus |
| 50 Kerniges Europa | 2 Chaos Europa |
| 49 Militär in Lateinamerika | 1 Neue Weltordnung |
| 48 Internet Macht Politik | |

Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an bestellung@welttrends.de

... auf www.amazon.de – Suchwort „WeltTrends“